



17.3149

**Postulat Hausammann Markus.****Vernehmlassungsverfahren  
vereinheitlichen  
und effizienter machen****Postulat Hausammann Markus.****Uniformiser et rendre plus efficace  
la procédure de consultation**

## CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.06.17

**Hausammann Markus (V, TG):** In der rekordverdächtigen Zeit von nur zwei Monaten hat der Bundesrat zu meinem Postulat "Vernehmlassungsverfahren vereinheitlichen und effizienter machen" Stellung genommen. Er beantragt leider dessen Ablehnung. Ich bin mir durchaus bewusst, mit meinem Vorstoss tief in die operativen Belange einzugreifen. Entsprechend habe ich die offene Form des Postulates gewählt.

Leider präsentiert sich die Praxis nicht so rosig wie in der Stellungnahme des Bundesrates dargestellt. Ich möchte nur beispielhaft auf drei Bereiche eingehen:

1. Die Adressaten kommen beim Verfassen einer seriösen Vernehmlassungsantwort kaum umhin, sich gleichzeitig mit vier verschiedenen Unterlagen herumzuschlagen: erstens dem geltenden Recht, zweitens den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen, drittens den Erläuterungen zum Gesetzentwurf und viertens dem vorgesehenen Rückantwortformular. Die im Postulat vorgeschlagenen Änderungen würden da eine deutliche Erleichterung bringen und zugleich dem Abschreiben und Kopieren von Texten in Hunderten von Sekretariaten landauf, landab vorbeugen.
2. Die Kapitel in den Vernehmlassungsvorlagen sollten in allen Landessprachen gleich nummeriert und betitelt sein. Das wäre für schweizweit tätige Dachverbände eine wesentliche Vereinfachung.
3. Es wäre einfacher, bei der Bereitstellung im Netz zum Beispiel das Antwortformular immer unter der Rubrik "Antwortformular" aufzuschalten und nicht je nach departementaler Herkunft unter einer anderen Bezeichnung. Ich möchte darum Bundesrat und Bundeskanzlei die Möglichkeit geben, die Frist zur Erfüllung des Postulates dazu zu nutzen, die Anregungen im Postulat aufzunehmen und umzusetzen.

Ich bitte Sie daher auch im Namen der Mitunterzeichner – unter ihnen praktisch die ganze Staatspolitische Kommission –, das Postulat anzunehmen.

Herr Bundeskanzler, ich verspreche Ihnen: Es wird für Sie und den Bundesrat ein befriedigendes Gefühl sein, uns zu gegebener Zeit darüber berichten zu können, dass die Anliegen des Postulates erfüllt worden sind. Ich danke Ihnen im Voraus dafür!

**Thurnherr Walter, Bundeskanzler:** Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulates. Sie wissen, das Vernehmlassungsverfahren wurde eben erst geändert: Es wurde klarer geregelt, die Anhörungen wurden abgeschafft, und die Fristen sowie die übrigen Verfahrensregeln sind jetzt für alle Verfahrenstypen einheitlich. Die Bundeskanzlei hat einen Pilotversuch mit einigen Ämtern und Verbänden zur elektronischen Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens durchgeführt. Die Schlussfolgerung des Pilotprojektes war, dass eine elektronische Lösung, welche alle Bedürfnisse der Adressaten abdeckt, zu kompliziert ist. Sie müssen viele spezifische Anforderungen von verschiedensten Vernehmlassungsadressaten erfüllen, um akzeptiert zu werden. Eine solche Lösung wäre darüber hinaus ziemlich teuer.

AB 2017 N 1027 / BO 2017 N 1027

Die vom Postulanten geforderte bessere Darstellung, wonach etwa die vorgeschlagenen Änderungen des Bundesrates gegenüber dem rechtskräftigen Erlass deutlich sichtbar gemacht werden sollen, ist sehr nachvollziehbar. Wir sind gerne bereit, dies den Departementen in Erinnerung zu rufen. Wir sind auch bereit, die





Ämter daran zu erinnern, dass allfällige Fragebögen gleichzeitig mit den Vernehmlassungsunterlagen im Kompetenzzentrum Amtliche Veröffentlichungen (KAV) abrufbar sein sollten.

Aber um all diese Forderungen umzusetzen, braucht es nicht unbedingt ein einheitliches elektronisches Formular für alle. Auch strukturierte und einheitliche Fragebögen sind keine Patentlösung: Vernehmlassungsverfahren werden für die unterschiedlichsten Themenbereiche durchgeführt, welche sich wohl schwerlich mit einem einheitlichen, strukturierten Fragebogen abbilden lassen; es müsste unweigerlich eine Vielzahl von Standardfragebögen bereitgestellt werden. Eine elektronische Auswertung dürfte negative Auswirkungen auch auf das Verständnis und die Nachvollziehbarkeit der geäusserten Anliegen bei der Verwaltung haben.

Das heutige System ist gut eingespielt. Gegenwärtig ist aus Sicht des Bundesrates auch in Anbetracht der erst einjährigen Praxis seit der letzten Revision kein Handlungsbedarf auszumachen. Es ist auch nicht so wahnsinnig kompliziert, die Vernehmlassungsunterlagen auf der dafür eingerichteten Website des Bundes herunterzuladen. Man kann auch die Medienmitteilungen zur Veröffentlichung der Vernehmlassungen abonnieren.

Der Bundesrat beantragt Ihnen deshalb, das Postulat abzulehnen.

**Präsident** (Stahl Jürg, Präsident): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulates.

## *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 17.3149/15365)

Für Annahme des Postulates ... 162 Stimmen

Dagegen ... 12 Stimmen

(0 Enthaltungen)